



Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. März 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 17 der Tagesordnung: Einwohnerantrag Geschützte Radwege:

Punkt 17.1 der Tagesordnung: Einwohnerantrag Geschützte Radwege - Entscheidung über die Zulässigkeit

Vorlage: 2026/0110

Punkt 17.2 der Tagesordnung: Einwohnerantrag Geschützte Radwege - Behandlung der Angelegenheit

Vorlage: 2026/0111

Punkt 17.3 der Tagesordnung: Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2026/0111/1

Beschluss:

Punkt 17.1: Der Gemeinderat stellt – nach Vorberatung im Planungsausschuss – die Zulässigkeit des am 29. Januar 2026 eingereichten Einwohnerantrags „Geschützte Radwege“ fest.

Punkt 17.2: Der Gemeinderat beschließt, das Thema „Geschützte Radwege“ in der AG Aktive Mobilität weiter zu behandeln und dort mit den gemeinderätlichen Mitgliedern des „Forums Aktive Mobilität“, den Initiatoren des Einwohnerantrags und externen Fachleuten zu diskutieren. Das Ergebnis wird im Planungsausschuss vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 17.1: Einstimmige Zustimmung (43 Ja)

Punkt 17.2: Mehrheitliche Zustimmung (30 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 17.1 und 17.2 zur Behandlung auf:

Wir machen weiter mit dem Tagesordnungspunkt 17, Einwohnerantrag geschützte Radwege. Da gibt es eine Beschlussvorlage unter 17.1, in der Sie zunächst darüber entscheiden, ob der Einwohnerantrag zulässig ist. Dann würden, wenn Sie der Beschlussvorlage

folgen, die Vertrauenspersonen den Einwohnerantrag hier in eine Anhörung einbringen und Sie können Fragen an die Vertrauenspersonen stellen. Wir haben dann unter 17.2 den Vorschlag als Verwaltung, wie wir mit diesem Einwohnerantrag umgehen wollen. Und dazu gibt es einen Änderungsantrag der Grünen unter 17.3. So wird die Abfolge sein.

Deswegen, wenn Sie einverstanden wären, rufe ich erst mal 17.1 auf, die Feststellung der Zulässigkeit des Einwohnerantrags, und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine einstimmige Zustimmung.

Damit darf ich nun die Vertrauenspersonen nach vorne bitten und hier die Anhörung vornehmen. Ich habe hier drei Namen genannt. Ich sehe zwei Personen. Wenn Sie einfach sich kurz vorstellen, dann wissen wir, wen wir hier vor uns haben. Bitte schön.

Michael Reichert: Ich bin Michael Reichert.

Christine Tisch: Und mein Name ist Christine Tisch.

Michael Reichert: Liebe Karlsruherinnen und Karlsruher, sehr geehrte Mitglieder der demokratischen Fraktion des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. Wir sprechen heute als Vertrauenspersonen des Einwohnerantrags geschützte Radwege und damit im Namen vieler Karlsruherinnen und Karlsruher, die sich eine sichere und zukunftsfähige Mobilität in unserer Stadt wünschen. Wir haben den Einwohnerantrag mit Rücksicht auf die finanzielle Situation formuliert. Er fordert ausdrücklich keinen Umbau einer Straße, keine flächendeckende Prüfung. Es geht lediglich darum, baulich geschützte Radfahrstreifen zu prüfen, wenn Hauptverkehrsstraßen umgebaut werden. Diese gibt es bisher in Karlsruhe nicht, obwohl sie international als bewährter Standard gelten.

Die Verwaltung erkennt dies in ihrem Vorschlag grundsätzlich an. Ihr Vorschlag entspricht jedoch nur dem, was bereits im Planungsausschuss am 15. Oktober 2025 auf einen Antrag der GRÜNE-Fraktion hin zugesagt wurde. Das reicht vielen Karlsruherinnen und Karlsruhern offensichtlich nicht. Rund 1.800 Unterschriften haben wir nach dem 15. Oktober gesammelt. Hätte uns und den Unterzeichnenden dieser Vorschlag genügt, hätten wir die Sammlung abgebrochen. Denn es fehlt nicht an Erkenntnis, sondern an Umsetzung. Das zeigt sich auch daran, dass wir beim Fahrradklimatest seit Jahren auf der Stelle treten.

Christine Tisch: Seit Jahren wissen wir, dass sich viele Menschen im Straßenverkehr auch in Karlsruhe unsicher fühlen. Und seit Jahren hören wir ein ums andere Mal, dass man erst mal abwägen und diskutieren müsse. Während wir abwägen und diskutieren, fahren täglich Kinder zur Schule, mit der Unsicherheit, wegen haltender Autos plötzlich in den fließenden Verkehr ausweichen zu müssen. Für Erwachsene oft beherrschbar. Für Kinder, die ab 10 Jahren die Fahrbahn benutzen müssen, ist es das nicht. Während wir diskutieren und abwägen, entscheiden Eltern jeden Tag: Mein Kind fährt lieber nicht mit dem Fahrrad zur Schule, zum Sport, zu Freundinnen und Freunden. Und die Elterntaxi-Schlangen werden länger und länger. Das ist bittere Realität.

Die Verwaltung nennt mögliche Schwierigkeiten. Winterdienst, Entwässerung, Müllabfuhr, Querungen. Berechtigte Fragen. Aber keine, die andere Städte davon abgehalten haben, geschützte Radfahrstreifen zu bauen. Denn es fehlt in Karlsruhe nicht an Wissen. Es fehlt an Mut. Der Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion setzt hier an. Er verbindet durch einen

konkreten Verkehrsversuch Diskussion mit Handlung und ermöglicht so echte Erfahrungen. Unser Einwohnerantrag wird von vielen Menschen unterstützt. Menschen, denen dieses Anliegen wichtig genug war, auf der Straße Unterschriften zu sammeln, den Antrag zu unterschreiben und sich aktiv in demokratische Prozesse einzubringen. Diese Menschen erwarten mehr als ein „weiter so“.

Wir bitten Sie deshalb: Unterstützen Sie den Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion, der aus Worten endlich Taten macht.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Gibt es noch Fragen an die Vertrauenspersonen? Dann bedanke ich mich für die Anhörung, und wir werden jetzt die Debatte fortsetzen. Ich rufe jetzt auf 17.2, die Beschlussvorlage der Verwaltung über den Umgang mit der Thematik, und auch den Änderungsantrag der GRÜNEN unter 17.3, der ein Modellvorhaben in Karlsruhe befürwortet.

Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE): Zunächst einen herzlichen Dank an die antragstellenden Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Karlsruhe und insbesondere an die Vertrauenspersonen. Es ist beeindruckend, wie viel Engagement und Zeit hinter so einem Antrag steht und die hier eben aufgebracht wurde. Es ist schön zu sehen, dass Menschen sich für Politik einbringen und für ihre Themen einstehen. Entsprechend sollten wir uns dem Thema mit einer angemessenen Ernsthaftigkeit widmen und uns damit beschäftigen.

Inhaltlich möchte ich jetzt gar nicht so viel ergänzen, da wir in der AG Aktive Mobilität ohnehin noch mal über das Thema sprechen und wir selbst in die Richtung bereits einen Antrag gestellt haben. Inhaltlich unterstützen wir das natürlich. Das Schöne an der Idee ist auch, das möchte ich jetzt noch mal im aktuellen Kontext betonen, es geht hier nicht um zusätzlichen Flächenverbrauch in der Stadt, es geht nicht um teure Lösungen, sondern es geht um wenig aufwendige, pragmatische, einfache Wege, Verbesserungen voranzubringen. Klar ist aber auch, dass es kein Allheilmittel ist und noch Fragen offen sind. Wir vermuten, dass es in ausgewählten Situationen aber tatsächlich ein Hilfsmittel sein kann.

Insofern ist der vorgeschlagene Weg der Verwaltung, die weitere Debatte in der AG aktive Mobilität zu führen, auf jeden Fall der richtige Weg. Wir glauben aber auch, dass wir nicht nur reden sollten, sondern dass wir tatsächlich auch das Ziel haben sollten, das konkret auszuprobieren, damit wir es selber wirklich anfassen konnten. Das hilft wahrscheinlich der Bevölkerung, das besser einzuschätzen, das kann der Verwaltung helfen, das kann aber auch interessierten Mitgliedern des Gemeinderats helfen, konkret einmal zu sehen, von was wir da sprechen. Deshalb haben wir beantragt, dass wir dieses Ziel haben sollten, es auszuprobieren. Wir sind auch der Meinung, dass wir dann, wenn wir es ausprobiert haben, tatsächlich noch mal eine bessere Entscheidungsgrundlage haben, um dann das ursprüngliche Anliegen noch mal hier im Gemeinderat aufzurufen.

Zu unserem Ergänzungsantrag: Wir sind da, glaube ich, eigentlich mit der Verwaltung gar nicht so weit auseinander. Also wir haben explizit nicht beantragt, dass jetzt eine verbindliche Umsetzung erfolgen muss, sondern wir haben extra formuliert, dass wir das Ziel haben sollten und dass wir zielorientiert in diesen Prozess reingehen sollten. Denn ich glaube, das ist immer das, wo ein bisschen die Sorge dann ist, dass wir manchmal mit einer Problemfindungsmentalität an Themen rangehen, anstatt dann auch mit einer Lösungsmentalität diese Probleme anzugehen. Und ich hoffe, dass wenn wir das vermitteln können, dass wir

dort hier jetzt mit einer Lösungsfindungsmentalität erst mal an diesen Versuch herangehen und danach ergebnisoffen weiterschauen können, dass wir dann auf einem guten Weg sind, den wir alle gemeinsam unterstützen können.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es ist schon einzigartig, was wir heute hier erleben. Es ist völlig in Ordnung, dass wir den ersten Tagesordnungspunkt zu dem Thema einstimmig verabschiedet haben, und es ist auch völlig in Ordnung, dass eine Interessengruppe für den Fahrradverkehr sich hier äußert und ihren Antrag noch untermauert. Es ist bemerkenswert, dass sozusagen in einem Ping-Pong-Spiel dann ein Antrag, ein Ergänzungsantrag der GRÜNEN auch noch mitgewürdigt wird von den gleichen Fürsprechern, die für ihre Interessenorganisation eine Bürgerumfrage begründen sollen. Ich meine, so ein offenkundiges Ping-Pong-Spiel, das man hier politisch in den Gemeinderat eintragen will, das brauchen wir in der Zukunft nicht noch mal.

Ich möchte der guten Idee, und jetzt könnt ihr da drüben wieder mit dem Lachen aufhören, ich möchte der guten Idee nicht im Wege stehen. Deshalb war es völlig richtig, wenn die Verwaltung gesagt hat: Wir gehen da in die AG Aktive Mobilität rein, aber warum könnt ihr euch nicht gedulden, bis diese Diskussion dort durchgeführt wird? Es gibt nämlich Für und Wider. Darüber werde ich heute aber nicht ausführlich reden, weil ich nicht auf dieses Pferd setzen möchte, denn das ist eine Fehlentwicklung heute, die ich nicht unterstütze.

Nur am Rande: Der Aufwand für einen Versuch, einen Verkehrsversuch, der ist nicht gering, das wissen wir, denn wir haben 2022 schon mal einen Verkehrsversuch genau zu diesem Thema gemacht. Warum vergessen Sie das? Sie haben sonst eigentlich eine sehr gute Recherche. Also wir haben damals 110.000 Euro in der Herrenalber Straße ausgegeben, haben sehr gute Grunderfahrungen zu dem Thema, und wie so eine Gebetsmühle versucht man das jetzt noch mit institutioneller Unterstützung hier noch mal reinzugeben. Ich will gar nicht auf die vielen Bedenken, die von Verwaltungsseite auch gegen das Thema selbst vorgebracht wurden, eingehen, aber wir werden in aller Ruhe wirklich klären, ob es Ihnen nur um den Fahrradverkehr geht oder möglicherweise sogar ein wenig um das heute viel zitierte Zurücktrennen des mobilisierten Individualverkehrs.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Der Kollege Pfannkuch hat vieles auf den Punkt gebracht. Was die Zielsetzung angeht, besteht, würde ich sagen, über weite Teile des Hauses gar kein Dissens. Es ist ein Probates, mittelgeschützte Radstreifen auszuprobieren. Warum nicht? Die Verwaltung hat einen adäquaten Weg aufgezeigt, schon im Planungsausschuss, und auch gegenüber den Antragstellern das mehrfach formuliert. Man kann natürlich dann wieder über das Thema Vertrauen, Vertrauenskultur diskutieren. Ich habe gegenüber der Verwaltung Vertrauen, dass dieses Thema auch angegangen wird. Die AG oder Aktive Mobilität ist genau der richtige Ort als Unterausschuss des Planungsausschusses, in dem man genau diese Themen debattieren kann.

Den Ergänzungsantrag der GRÜNEN verstehe ich so, dass dem ganzen Thema, dem Anliegen der Antragsteller, dem Ganzen noch mal etwas mehr Nachdruck hinsichtlich der Zeitschiene verlieht werden soll. Aber aus unserer Sicht hat die Verwaltung schon im Planungsausschuss eine adäquate Antwort gegeben, und die werden wir auch in dieser Form mittragen und freuen uns auf die weitere Debatte und letztendlich auch auf den Versuch, an geeigneter Stelle geschützte Radstreifen auszubauen.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Zunächst einmal möchte ich mich bei den Initiatoren bedanken. Ich finde das toll, wenn Bürger sich zu so viel Engagement zusammenraufen, so viele Unterschriften sammeln, hartnäckig an einem Thema dranbleiben. Ich würde mir das bei vielen anderen Themen auch wünschen, ehrlich gesagt. Weil ich finde, das ist gelebte Demokratie. Nicht, dass sie immer sagen: „Ihr da im Rathaus, ihr entscheidet was“, sondern dass die Bürger sich auch richtig mit einbringen.

Diese Protected Bike Lanes kennen viele von uns aus anderen Städten in anderen Ländern, natürlich zu unterschiedlichen baulichen Vorbedingungen, sage ich jetzt mal. Also wir unterstützen den Antrag gerne, folgen aber der Verwaltung. Wir sehen das auch zunächst einmal in der AG Aktive Mobilität mit Experten, weil es gibt natürlich auch, wie die Verwaltung richtig ausgeführt hat, nicht nur positive Aspekte, sondern auch Gegenargumente. Die Frage ist natürlich: Ist es nur eine gefühlte Sicherheit oder stellt es tatsächlich eine Sicherheit dar? Wenn ich jetzt so ganz kleine Kinder hätte, wobei der Kollege Müller hat vorhin, glaube ich, gesagt, bis zwölf darf man auf dem Gehweg fahren. Aber ich habe auch oft auf der Straße kleine Mäuse neben mir fahren, wo ich wirklich auf die Bremse stehe und denke: Mein Gott, wenn das Kind jetzt einen Schlenker macht oder umfällt, ich möchte es nicht im Auto haben. Also es kommt oft zu gefährlichen Situationen, aus welchen Gründen auch immer, nicht nur aus Schuld der Autofahrer.

Nichtsdestotrotz werden wir gern das alles tun, um das zu unterstützen. Jetzt habe ich aber so ein bisschen im Hinterkopf: Bei den Haushaltsberatungen hatten wir beschlossen, dass die Fahrradwege nicht mehr farbig, also rot, markiert werden, aus Kostengründen. Daher habe ich so ein bisschen Bedenken, wie wir das umsetzen wollen. Auch ist es so, wenn wir irgendwo geschützte Radwege machen, werden wir vielleicht auch irgendwann nicht umhinkommen, geschützte Fußgängerwege zu machen. Weil das ist eben in vielen anderen Städten auch so, dass die Radwege dann so klar getrennt sind, dass der Fußgänger auch eine Spur hat, wo der Radfahrer nicht mehr kreuzen kann. Gerne schauen wir uns das an einem geeigneten Straßenstück an, wie das aussehen kann. Ich glaube nicht, dass wir es flächendeckend in der Innenstadt umsetzen können werden, aber es ist ein Anfang.

Und lieber Kollege Tilman Pfannkuch, ich glaube, Sie wünschen sich auch einen ganz sicheren Radweg, da hoch in Ihrem Höhenstadtteil, habe ich irgendwie so eine Erinnerung. Vielleicht fangen wir mit dem mal an.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Erst mal muss ich sagen, dass ich das jetzt ziemlich schade fand, dass wir anfangen, uns hier wieder gegenseitig Vorwürfe zu machen über das Vorgehen, anstatt wirklich über das Anliegen zu reden, um das es hier geht. Und das wird auch den Initiatorinnen und Initiatoren dieses Einwohnerantrags überhaupt nicht gerecht, muss ich sagen. Also, deswegen würde ich darüber jetzt gerne reden.

Geschützte Radwege, Protected Bike Lanes, sind eine der wirksamsten Maßnahmen, um mehr Sicherheit zu schaffen. Sie trennen den Radverkehr baulich vom Autoverkehr, schaffen klare Strukturen und verhindern gefährliche Überholmanöver. Städte wie Paris, die solche Wege schon auch eingeführt haben, verzeichnen deshalb deutlich weniger Unfälle. Und neben der Sicherheit spricht aber auch noch deutlich eines dafür: Die Erhöhung des Radverkehrs ist eines der kostengünstigsten Hebel, die wir als Kommune für den Klimaschutz haben. Die Menschen steigen nur dann um, wenn die Infrastruktur auch stimmt.

Deshalb danken wir dem ADFC für die Einreichung dieses Einwohnerantrages und der Sammlung der Unterschriften. Wir begrüßen diesen Impuls und freuen uns natürlich, wenn diese Angelegenheit dann im Forum Aktive Mobilität tiefergehend diskutiert wird. Da die Verwaltung dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenübersteht, hoffen wir, dass dies nun auch in eine spürbare Veränderung für die Sicherheit im Radverkehr führt. Daher finden wir es grundsätzlich auch richtig, möglichst schnell einen Modellversuch umzusetzen, wie er von den GRÜNEN im Änderungsantrag gefordert wurde, und aufbauend auf diesen Erfahrungen dann bei künftigen Straßenplanungen an den jeweiligen Bedingungen der Verkehrssituation angepasste, sichere Lösungen zu finden. Wir sind gespannt auf die weitere Diskussion dazu und hoffen, dass wir in Karlsruhe bald noch mehr Menschen für das Fahrradfahren begeistern können.

Stadtrat Haug (KAL): Wir freuen uns sehr über Einwohneranträge, da sie doch wertvolle Impulse aus der Zivilgesellschaft einbringen und auch das Engagement darstellen. Die erforderlichen Voraussetzungen, wir haben ihnen zugestimmt, für diesen Antrag waren gegeben. Inhaltlich kann man vieles dazu sagen, das hat im Wesentlichen jetzt auch die Frau Kaufmann getan, darum werde ich das jetzt an dieser Stelle nicht mehr tun. Aber wir tragen den Antrag der GRÜNE-Fraktion nach einem Verkehrsversuch mit und stimmen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise zu.

Stadtrat Schnell (AfD): Eine Anmerkung, Frau Kaufmann, als Mitglied einer Partei, die auf ihrem Strategiekongress darüber diskutiert hat, ob sie das reichste Prozent der Deutschen lieber erschießt oder in Zwangsarbeit stecken will, reißen Sie die Klappe hier ganz schön weit auf.

Der Vorsitzende: Also Herr Schnell, ich muss jetzt doch langsam Sie mal bitten, ein bisschen das Maß der Rhetorik einzuschränken, dass es noch akzeptabel ist. Das ist jetzt der zweite Vorgang heute, und würde da doch bitte um Mäßigung bitten.

Stadtrat Gaukel (Volt): Ich hol dann nicht die Liste mit menschenverachtenden Kommentaren von AfD-Mitgliedern raus und nehme die hier vor und befasse mich mit dem Inhalt. Ich kann mich jetzt anschließen. Erst mal vielen Dank auch von unserer Seite noch mal für diesen Einwohnerantrag. Es ist sehr schön, wenn Leute aktiv werden, sich zusammenschließen. Danke auch dem GRÜNE-Änderungsantrag, denn letztlich ist das, und das wurde auch von den Vortragenden, von den Vertrauenspersonen gesagt, was Sie in dem Einwohnerantrag vorschlagen oder dann damit umgehen möchten, schon zugesagt. Von daher wäre dies kein Gewinn für den Antrag gewesen, und das, obwohl ein Großteil der Unterschriften erst nach dieser Zusage kam. Von daher, dass dann hier mehr gewollt ist und dann auch hier über mehr abgestimmt werden sollte, ist an der Stelle schlüssig und, finde ich, an der Stelle sollte auch nicht kritisiert werden, auch wenn natürlich jeder hier anderer Meinung sein kann.

Ich habe natürlich auch grundsätzlich immer ein großes Vertrauen in die Verwaltung, was wir auch heute mit unseren Anträgen bewiesen haben. Trotzdem muss ich sagen, die Stellungnahme auf den Antrag der GRÜNEN macht mich dann doch ein bisschen stutzig und er spricht mir dann doch dafür, dass wir hier zustimmen sollten, um Ihnen dann noch mal diesen verbindlichen Auftrag zu geben. Denn wenn Sie dort schreiben, erst im Nachgang zur AG Aktiven Mobilität wird es möglich sein, zu prüfen, ob sich eine Straße in Karlsruhe für einen Verkehrsversuch eignen könnte, weiß ich nicht. Also, wir haben viele Straßen,

deswegen müssen wir auch so viel in Instandhaltung investieren, haben wir vorhin auch gelernt. Wenn wir jetzt noch überlegen müssen, ob eine Straße dazu geeignet ist, das klingt dann schon danach, dass Sie Gründe suchen wollen, dass sich am Ende keine Straße für eignet. Wenn Sie jetzt sagen würden: „Wir prüfen, welche Straße dafür am besten geeignet ist“, dann wäre ich schon eher bereit zu folgen. Aber gerade bei diesem Ob ist das ein bisschen komisch, und da würde ich daher auch diesem Nachdruck für einen Verkehrsversuch mitgehen, damit wir hier in die Umsetzung für objektive Sicherheit im Radverkehr kommen.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Ich würde gerne mal auf den ursprünglichen Einwohnerantrag zurückkommen und erst mal feststellen: Hier wird von Neu- und Umbau von Hauptverkehrsstraßen gesprochen. Ich habe jetzt bei der Anhörung die Antragsteller so verstanden, dass es auch darum geht, einen schon bestehenden Radfahrstreifen gegebenenfalls entsprechend zu sichern und das im Rahmen eines Verkehrsversuchs auch auszuprobieren. Dann steht weiter unten: „Die bauliche Trennung kann durch Leitschwellen, Borde, Pfostenreihen, Grünstreifen, Parkstreifen oder Ähnliches erfolgen.“ Das löst natürlich völlig unterschiedliche finanzielle Größenordnungen aus. Und deswegen haben Sie bitte Verständnis dafür, dass die Verwaltung nicht von vornherein sagt: „Wir werden auf alle Fälle für den Lieblingsvorschlag der Umsetzung eines solchen geschützten Radweges jetzt schon wissen, dass wir eine Straße und auch die entsprechenden Möglichkeiten zur Verfügung stellen.“

Als leidgeprüfter Mensch auf der Ettlinger Straße, der permanent mit irgendwelchen Lieferfahrzeugen Stress hat, jeden Morgen leider nicht die Zeit, es ausdiskutieren, hätte ich großes Interesse daran, etwa an dieser Straße mal diese Trennung so vorzunehmen, dass es vielleicht doch eine gewisse abschreckende Wirkung hat, dass sich auch, obwohl nebedran die Parkbuchten immer frei sind, die Leute trotzdem auf den Fahrradstreifen stellen. Umgekehrt möchte ich aber keine Abtrennung, die mir es nicht doch ermöglicht, in den fließenden Autoverkehr zu wechseln, wenn ich mal ein Lastenrad überholen möchte. Von daher habe ich da zwei Herzen in meiner Brust an dieser Stelle und habe großes Interesse daran, dass wir es an einer Straße mit vergleichsweise überschaubaren Mitteln einfach ausprobieren.

Erhöht sich das Sicherheitsgefühl der Radfahrenden, das ist der eine Aspekt, und hat es eine gewisse abschreckende Wirkung vor falsch parkenden Autos, das ist der andere Effekt. Und insofern nehmen Sie es bitte, Herr Stadtrat Gaukel, nicht als ob, sondern dass wir in dem Forum Aktive Mobilität uns gemeinsam verständigen sollten: Wie groß darf der Aufwand sein, wo finden wir eine Straße, wo wir das vermutlich relativ schnell austesten können, ohne groß umbauen zu müssen, und wie können wir erheben, ob es a) das Sicherheitsgefühl stärkt und b) auch die dort eigentlich falsch parkenden Fahrzeuge vermindert? Denn nur wenn beide Effekte erreicht sind, wird, glaube ich, dem Begehrt der Einwohnerinnen und Einwohner nachgekommen. Das wäre der Vorschlag der Interpretation unserer Stellungnahme. Und so können wir vielleicht auch gemeinsam die Sache inhaltlich voranbringen.

Ich möchte noch zwei Wünsche äußern. Der eine Wunsch ist, dass wir solche Einwohneranträge durchaus im Hauptausschuss oder in anderen Ausschüssen thematisieren können und nicht im Gemeinderat. Ich sage das deswegen, weil es da nicht 19:45 Uhr wird, sondern nachmittags um 5 und wir ausreichend Zeit haben, das auch in allen Facetten

auszudiskutieren. Das vielleicht an diejenigen, die zukünftige Einwohneranträge organisieren, dass man vielleicht dann auf unser Angebot eingeht, das in einem kleineren Rahmen, aber einem genauso gewichtigen Gremium hier zu diskutieren. Und zweite Bitte: Ich glaube, es ist sinnvoll, dass die Anhörung sich auf das konzentriert, was im Einwohnerantrag steht, und nicht versucht, auf die Diskussionsfolge hier im Gemeinderat Einfluss zu nehmen. Sie merken, dass das zum Teil nicht gut ankommt. Gott sei Dank ist keine Tür zugeschlagen worden, und ich bin deswegen sehr dankbar für die insgesamt sehr konstruktive Diskussion und würde vorschlagen, dass wir in diesem Sinne verfahren und dann in dem Forum Aktive Mobilität uns über einen Straßenabschnitt unterhalten, über das Ausmaß des Verkehrsversuchs unterhalten.

Und für mich ist das im Moment prinzipiell ein Thema: Wie mache ich das Radfahren da sicher, wo das Radfahren schon möglich ist, und wie verhindere ich, dass die falschen Fahrzeuge auf dem Radstreifen stehen? Und das ist von daher abzugrenzen von der Grundsatzdiskussion, wie viele Radwege an welcher Stelle zulasten welches Autoverkehrs. Ich würde es gerne ein bisschen niedriger hängen und es einfach so mal versuchen anzugehen.

Können Sie dem so folgen? Ich sehe ganz viel Nicken. Herzlichen Dank. Unsere Beschlussvorlage muss ich noch zur Abstimmung stellen. Und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme. Vielen Dank. Also Befassung im Forum Aktive Mobilität und Diskussion über einen möglichen Streckenabschnitt, wo wir das mal dann ausprobieren ohne große Umbaukosten.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. April 2026